Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda — Fernsprecher Nr. 21

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 7.50, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 8.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 24.— mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Grundzeile (Zlm. Moose 9 Pf.) oder deren Raum 2.— Mk., örtliche Anzeigen 1.50 Mk. Im Reklameteil (Zlm. Moose 14) 5.— Mk., die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gespaltene Zeile 4.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 27. Mittwoch, den 1. Februar 1922 76. Jahrgang

Der Reichshaushaltplan im Reichstag.

Berlin, 30. Januar. In der heutigen Sitzung des Reichstages brachte Reichsfinanzminister Dr. **Hermes** den Reichshaushaltplan für 1922 ein. Er führte etwa folgendes aus:

Der Entwurf des Reichshaushaltplanes kann zum erstenmal so vollständig vorgelegt werden, daß seine Verabschiedung vor Beginn des neuen Rechnungsjahres möglich ist. Die rechtzeitige Verabschiedung ist ein Grunderfordernis für eine sparsame und zweckmäßige Finanzwirtschaft und deshalb bittet die Regierung das Parlament um möglichste Beschleunigung seiner Arbeiten, damit auf diese Weise alle Welt erkennt, daß das deutsche Volk gewillt ist, mit voller Kraft einer geordneten Finanzwirtschaft zuzustreben. Der Haushaltplan für 1922 steht völlig im Zeichen der uns zur Erfüllung des Friedensvertrages auferlegten ungeheueren Lasten. Während der Haushalt der inneren Verwaltung sogar einen Überschuß von 16,5 Milliarden ergibt und die Betriebsverwaltungen in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen sind, erfordert der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages einen Anleihebetrag von 171 Milliarden Mark. Der Versuch, die ungeheuere Last des Friedensvertrages zu erfüllen, hat im Jahre 1921 zur Zerrüttung des Markkurses geführt und uns in eine völlige Unsicherheit gebracht. Bevor nicht das Reparationsproblem in einer Weise geregelt ist, die sich unserer Leistungsfähigkeit anpaßt, kann von einer Gesundung des Etats nicht gesprochen werden.

Der Haushaltplan ist zum erstenmal gegliedert in allgemeine Reichsverwaltung, in die Betriebsverwaltungen und in einen besonderen Abschnitt, der die Ausführung des Friedensvertrages behandelt, was zu seiner größeren Übersichtlichkeit beiträgt. Beim Etat der Reichsverwaltung ist in erster Linie versucht worden, möglichst hohe Einnahmen aus Steuern bereitzustellen. Der Haushaltplan weist Steuern in einem Umfange aus, der in der Finanzgeschichte wohl einzig dasteht. Fast 160 Milliarden sollen im Rechnungsjahr 1922 an Steuern aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden.

Der Minister ging dann auf die bekannten Einzelheiten des in den letzten Tagen zustande gekommenen

Steuerkompromisses

ein und sprach die Hoffnung aus, daß die Entente sich nicht der Erkenntnis verschließen werde, daß Deutschland alle denkbaren Anstrengungen mache, um das Höchstmaß von Steuern aus seiner Wirtschaft herauszuziehen. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß Engländer und Franzosen mehr Steuern zu zahlen hätten als die Deutschen; eine solche Behauptung beruhe auf einer völlig falschen Vergleichsmethode. In dem neuen Gesetz sei dafür Sorge getragen, daß durch die Schwierigkeit der Veranlagung die Zahlungen nicht zu lange hinausgeschoben werden. Wirksame Maßnahmen gegen die Kapitalflucht seien nur durch internationale Vereinigungen zu erzielen und hier sei die Reichsregierung bereits in Verhandlungen mit verschiedenen auswärtigen Regierungen und hoffe, daß dem bereits abgeschlossenen Vertrage mit der Tschecho-Slowakei alsbald andere folgen werden.

Zur Erläuterung der Steuerpläne zurückkehrend, fuhr der Minister fort: Es besteht kein Zweifel, daß die Einnahmen aus Steuern nicht ausreichen können, um für die immer steigenden Ausgaben Deckung zu gewähren. Auch mit der Zwangsanleihe ist es nicht möglich, den Haushalt für 1922 einschließlich des Etats zur Ausführung des Friedensvertrages zu balancieren oder auch nur zu sanieren. Die Reichsregierung will deshalb auch das Mittel einer freien inneren Anleihe versuchen. Diese hat auch neben einer Zwangsanleihe Vorzüge, weil sie sich an das flüssige anleihesuchende Kapital wendet. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden inneren Anleihe ist aber erst gegeben, wenn das Vertrauen in die Wiederaufrichtung Deutschlands wieder hergestellt ist und feststeht, daß eine fundierte Reichsanleihe nicht durch die Bestimmungen des Friedensvertrages beeinträchtigt werden kann.

Minister Hermes führte dann ausführlich den Nachweis, daß die Kritik, die der französische Finanzminister als Berichterstatter der Budgetkommission an den deutschen Betrieben für 1921 geübt hatte, in den meisten Punkten von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die Lebensmittelzuschüsse, so betonte er, sind nur ungern bewilligt worden. Schon vor Cannes ist die Regierung an den Abbau dieser Zuschüsse gegangen. Während im Jahre 1920/21 noch mit Zuschüsse in Höhe von 22 Milliarden gerechnet werden mußte, hoffen wir, im Jahre 1922 mit einem Restzuschuß von einer Milliarde auszukommen, wenn keine weitere Valutaverschlechterung eintritt. Der wirtschaftlichen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter wendet das Reich dauernd die größte Aufmerksamkeit zu, damit bei fortschreitender Teuerung die Bezüge entsprechend erhöht werden. Die Frage der Löhne und Gehälter gab dem Minister Anlaß, andeutungsweise auf

die kritische Lage der Eisenbahn

einzugehen, indem er ausführte: Es ist unverantwortlich, wenn gewisse Kreise der Beamtenschaft in einem solchen Zeitpunkt, wo alle diese grundlegenden Fragen noch eingehend von allen berufenen Faktoren erörtert werden und wo Aussicht auf befriedigende Lösung besteht, zum Streik auffordern und damit namenlosen, noch nicht zu übersehenden Schaden für unser gesamtes Wirtschaftsleben heraufbeschwören. Ich kann namens der Reichsregierung alle Beamten nur dringend warnen, diesen Aufforderungen zu folgen, die auf eine mutwillige, unverantwortliche Störung hinauslaufen. Die Reichsregierung wird dem mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklichst entgegentreten.

Das Schlußkapitel der Rede des Finanzministers bildete

der Etat zur Ausführung des Friedensvertrages,

der als laufende Ausgabe rund 148 Milliarden, und für außerordentliche Ausgaben rund 40 Milliarden auf Grund des Londoner Zahlungsplanes erfordere, wobei ein Entwertungsfaktor von 45 für die Umrechnung der Goldmark in Papiermark zugrunde gelegt ist. Auch hier herrscht also noch Unsicherheit und das Ergebnis der schwebenden Reparationsverhandlungen ist noch unbekannt. Der Minister wiederholte noch einmal Einzelheiten der Antwortnote Deutschlands an die Reparationskommission und fuhr fort: Die deutsche Regierung hat sich trotz der schwierigen Lage der Erkenntnis nicht verschlossen, daß ein Hinausschieben der Barleistungen jetzt nicht möglich sein wird. Sie will zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete alles in ihrer Macht stehende tun. Wenn die Zahl von 720 Millionen Goldmark nicht herabgesetzt werden kann, so sind das bei einem Umrechnungsfaktor von 45 97½ Milliarden Papiermark. Eine solche Ziffer könnte Deutschland unmöglich aus den laufenden Einnahmen oder aus Anleihen einschließlich einer Zwangsanleihe decken, und dann bliebe nur übrig, die Notenpresse wieder in Umlauf zu setzen, was doch die Alliierten selbst nicht wollen. Es geht daraus hervor, daß der Reparationsplan für das laufende Jahr nicht zu lösen ist, wenn nicht auch für die künftigen Jahre eine entsprechende Regelung getroffen werde. Nur mit Hilfe eines großen Kredits können die Bedürfnisse der Alliierten auf Zahlung von Devisen befriedigt werden. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands muß durch andere Gestaltung der Reparationsbedingungen wieder hergestellt werden, und wenn nicht die alliierten Länder dabei mitarbeiten, bleiben alle Anstrengungen Deutschlands zur Besserung seiner Finanzlage unzulänglich. Diese Erkenntnis beginne sich in den wirtschaftlichen Körpern des Auslandes durchzusetzen, die Frage bleibe aber, ob sie sich auch bei den politisch wirkenden Stellen durchsetzen werde. Die Frage ist, ob der Tag, an dem die gemeinsame Not der Völker dazu treiben werde, die der Welt auferlegten Wirtschaftsfesseln zu sprengen, nah oder fern ist, ob es gelingen werde, bis zu jenem Tage unsere Wirtschaft und unser Volk mühsam über Wasser zu halten. Auch das deutsche Volk hat ein Recht zu leben, wenn auch unter härteren Bedingungen, als vor dem Kriege. Wenn unser Erfüllungswille bestritten werde, so müssen wir, ohne daß es unsere Absicht ist, eine neue große Propagandaoffensive entfalten, um die Welt in berechtigter Weise von unserer Erfüllungstätigkeit zu überzeugen.

Abg. **Scheidemann** (Soz.) ging in seiner sehr ausführlichen Rede auf eine Fülle von Mißständen ein, die er bei der Justizverwaltung, bei der Reichswehr und bei den zivilen Verwaltungsstellen zu rügen hatte. Sachlich führte er aus: Während das deutsche Volk sich abmühe, Belgien und Frankreich wieder aufzubauen, sinke es selbst immer tiefer ins Elend, es wird zu einem Sklavenvolk und seine Häuser zu Ruinen. Während von rechts her dem Bestande der Republik immer wieder neue Gefahren drohten, könne man erfreulicherweise feststellen, daß von links her aus den Reihen der Arbeiterschaft die Republik nicht mehr gefährdet werden könne. Der Gedanke, daß die soziale Frage mit Gewaltmitteln zu lösen sei, sei erfreulicherweise aufgegeben worden. Das Kapitel deutscher Geschichte, das nun abgeschlossen werde, trage die Überschrift „Das Ende des Putschismus."

Abg. Dr. **Reichert** (Dnat. Vp.): Von einem früheren Reichskanzler hätte man eine andere Etatrede erwarten sollen, als wie wir sie eben gehört haben. An der Preisgabe der Ostmark sind die früheren sozialdemokratischen Minister doch nicht so ganz unschuldig. Der große Fehlbetrag des neuen Etats muß Befremden erregen, nachdem man uns vorher gesagt hatte, daß alles in Ordnung sei. Wir stimmen dem Vorschlag des Reichsrates auf Streichung des Reichsschatzministeriums zu. Auch der Demobilmachungskommissar muß schleunigst verschwinden. Die Produktion der deutschen Volkswirtschaft ist jetzt 30 bis 40 v. H. hinter dem Friedensstand zurückgeblieben. Wir wollen unseren Arbeitern und Angestellten volle Beschäftigung gewähren, darum rufen wir den Bergarbeitern zu: Schafft Kohlen! und den Eisenbahnern: Befördert Kohlen! Nur die freie Wirtschaft kann die Produktion fördern. Redner tritt für die Befreiung des Hausbesitzers aus den Fesseln der Zwangswirtschaft ein und weist den Vorwurf zurück, als ob die Brotpreiserhöhung auf das Konto der Landwirtschaft zu setzen sei. Er verweist demgegenüber auf das großzügige Programm der Landwirtschaft zur Stärkung der Produktion. Die Worte des Finanzministers gegen den Streik und die Streikgefahr in der Beamtenschaft werden hoffentlich bei der ganzen Regierung Widerhall finden. (Beifall rechts.)

Abg. **Quaatz** (Deutsche Vp.) ging ebenfalls sehr scharf mit der Rede Scheidemanns ins Gericht. Er sprach dem Finanzminister die Anerkennung für die im Etat geleistete Arbeit aus. Seine Partei habe den besonderen Wunsch, daß sich die Finanzverwaltung auf ihr Ressort beschränke und werde sich jeder übertriebenen Zentralisierung entgegensetzen. Den Ländern und Gemeinden müßten selbständige Steuerquellen eröffnet werden, und den Auslandsdeutschen dürfte nicht durch das Steuersystem die Rückkehr in die Heimat erschwert werden. Über den Erfüllungswillen müsse der Wille zur Sanierung gehen. Damit wurde die Debatte abgebrochen und der Etat an den Hauptausschuß verwiesen. Die Weiterberatung wird Dienstag 1 Uhr erfolgen. Schluß der heutigen Sitzung ½7 Uhr.

Oberleutnant Dittmar entflohen.

Berlin, 30. Januar. (W. T. B.) Der Oberleutnant Dittmar, der wegen Kriegsverbrechens vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und im Landgerichtsgefängnis in Naumburg untergebracht war, ist Sonntag nacht entflohen. Hierzu erfährt das Wolffsche Telegraphenbureau, daß sofort von der für die Strafvollstreckung zuständigen preußischen Justizverwaltung die umfassendsten Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhaltes und zur Wiederergreifung des Entflohenen getroffen worden sind. Es ist eine Belohnung von 50 000 M für die Ergreifung bereits ausgesetzt. Die Grenzstellen sind amtlich benachrichtigt. Auch der Oberreichsanwalt hat sich sofort an Ort und Stelle begeben.

Dem „Naumburger Tageblatt" wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt: Dittmar ist durch Helfershelfer von außen her befreit worden. Gegen 1 Uhr nachts, als eben eine Streife der Sicherheitspolizei die Anstalt passiert hatte, verschafften sich die Helfer unter Benutzung einer Leiter und einer großen Matte, die sie auf die durch Glasscherben gesicherte hohe Umfassungsmauer legten, Eintritt in den Gefängnishof, in dem sie an einem an der Leiter befestigten Knotentau an der Mauer in den inneren Hof hineinkletterten und von hier aus dem im zweiten Stockwerk in einer Zelle untergebrachten Gefangenen fünf sehr scharfe Stahlsägen in der Weise zureichten, daß Dittmar sie an einer aus seinem zerschnittenen Bettlaken gefertigten Leine in seine Zelle zog. Mittels dieser Sägen gelang es ihm in kurzer Zeit, eine Eisenstange des Zellenfensters zu durchsägen und durch die so geschaffene Öffnung ins Freie zu gelangen, bei der außergewöhnlichen kleinen Öffnung eine erstaunliche Leistung. Dittmar ließ sich dann an der erwähnten Leine in den Gefängnishof herab, ein waghalsiges Unternehmen, da die Leine sehr schwach ist und die Höhe dort mindestens 12 Meter betrug. Die Leine ist denn auch etwa in halber Höhe abgerissen. Vermutlich ist Dittmar auch einige Meter abgestürzt. Er muß an dem erwähnten Knotentau über die Mauer geklettert sein und hat so das Weite gesucht. Es handelt sich um eine sehr raffiniert ausgedachte Befreiung. Die Befreier hatten offenbar die Sipo-Patrouille sich erst entfernen lassen. Die Nacht war dunkel und die Straße hinter dem Gefängnis nicht belebt. Die Nacht-Patrouille im Innern des Gefängnisses befand sich an einer anderen Stelle der Anstalt. Sie wurde aufmerksam durch Sprechen der Gefangenen in der Zelle über Dittmars Zelle. Sie begab sich dorthin, um Ruhe zu gebieten, wird hörte, es müsse jemand entwichen sein. Vom Sägen haben die Gefangenen nichts